

Aus der Südosteuropa-Forschung

Südosteuropa im Spannungsfeld der Großmächte 1919—1939

Ein Kolloquium

Fragen der politischen und ökonomischen Neuordnung in Südosteuropa nach dem Ersten Weltkrieg, der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Südosteuropa und der hegemonialpolitischen Südostexpansion des Dritten Reiches bis 1939 standen im Mittelpunkt eines internationalen Kolloquiums, das vom 6. bis zum 8. Dezember 1979 im Institut für Europäische Geschichte in Mainz stattfand. Es war die erste in einer Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojekts „Die Interdependenz politischer und wirtschaftlicher Entwicklung in der Innen- und Außenpolitik des Versailler Staatensystems 1919—1939“. Die Erprobung dieser Fragestellung am Gegenstand Südosteuropa erschien unter zwei Gesichtspunkten zweckmäßig: An der Entwicklung dieser peripheren Region Europas in der Zwischenkriegszeit lassen sich jene ökonomischen und politischen Verflechtungen des europäischen Systems, welche in herkömmlichen bilateralen Interpretationen der Staatenbeziehungen nicht erfaßt werden, unter einem multilateralen Aspekt exemplarisch untersuchen. Zudem stellt gerade die Analyse der strukturellen und politischen Entwicklung der Großregion Südosteuropa offensichtlich ein Desiderat der zeitgeschichtlichen Forschung dar. Um dieses Thema komparatistisch und beziehungsge­schichtlich zu erörtern, hatten die Koordinatoren des Forschungsprojekts, Professor Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin und Professor Dr. Hans-Jürgen Schröder, Fachleute aus elf Ländern (Bulgarien, England, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Österreich, Polen, der Schweiz, Ungarn, den USA und der Bundesrepublik Deutschland) eingeladen.

Das Kolloquium konnte sich von Anfang an auf die Diskussion konzentrieren. Dies war der Tatsache zu verdanken, daß die 18 Referate allen Teilnehmern schriftlich vorlagen und die Diskussionsleiter jeweils ein problemorientiertes Resümee der Beiträge zu den betreffenden Sektionen voranschickten. Dieses Verfahren ermöglichte es, einerseits eine Vielzahl von Einzelproblemen detailliert zu erörtern, andererseits aber auch die Schwerpunkte des aktuellen Forschungsinteresses deutlich herauszuarbeiten. Drei solche Schwerpunkte wurden aufgrund von Referaten und Diskussionen erkennbar: I. Die Frage nach den ökonomischen Ursachen für das Versagen des Versailler Systems in Südosteuropa; II. Die Frage nach den mächtropolitischen Ursachen für dieses Scheitern; III. Der Problemkomplex Nationale Ökonomie und Interessenpolitik der südosteuropäischen Staaten im Zeichen des Versailler Systems.

I

Die ökonomischen Aspekte der Hegemonialisierungsversuche Südosteuropas seitens der Siegermächte des Ersten Weltkriegs gehören zu den wenig erforschten Bereichen der europäischen Geschichte der Zwischenkriegszeit. In ihrem Beitrag, „Der Kapital-export in die österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten zu Beginn der 1920er Jahre“, zeigte Alice Teichova (Norwich), daß die Jahre 1919 bis 1923 — anders als bislang angenommen — für Frankreich und England die entscheidende Phase ökonomischer Penetration des Donauraums auf dem Weg des Kapitalexports darstellten. Anstelle des in der Vorkriegszeit dominierenden Systems der Auslandsanleihen trat dabei nun die Kapitalanlage in Banken und anderen Wirtschaftsunternehmen: „Dies führte zu Eigentumsumschichtungen, in deren Verlauf deutsche, österreichische und auch ungarische Kapitalinteressen von französischen, britischen, belgischen, schweizerischen und italienischen aus Schlüsselpositionen in der Wirtschaftsstruktur des Donauraumes verdrängt wurden.“ Gefördert wurde der Wandel in der Struktur der internationalen Kapitaleinflüsse einerseits durch die ökonomischen Bestimmungen der Versailler Friedensverträge, andererseits aber wirkte auch die nationale Wirtschaftspolitik der Nachfolgestaaten letztlich zugunsten der Interessen der Siegermächte: Zwar scheiterten die Versuche, eine Wirtschaftsunion im Donauraum unter der Ägide Österreichs zu bilden und den Siegermächten auf diesem Wege wirtschaftliche Dominanz zu verschaffen, wie Lajos Kerekes (Budapest) in seinen Ausführungen über „Die erste österreichische Republik und die südosteuropäischen Integrationsbestrebungen 1919—1922“ aufzeigte, am Mißtrauen der neuen Staaten gegenüber der alten Führungsmacht. Der Konkurrenzkampf zwischen den nationalen Regierungen um Auslandskredite und -investitionen begünstigte jedoch die ökonomische Penetration seitens der Entente-Mächte um so mehr.

Warum aber führte dieser Prozeß der Kapitalexpansion schließlich doch nicht zu der erhofften ökonomischen Vormacht Englands und Frankreichs in Südosteuropa? In bezug auf Frankreich versuchte Philippe Marguerat (Neuchâtel) in seinem Beitrag „Réflexions sur l'expansion financière française dans le bassin danubien entre 1919 et 1923“ darauf eine Antwort zu geben. Unzutreffend ist nach seiner Ansicht die These, daß der französische „Mißerfolg“ beim Versuch der ökonomischen Einflußsicherung generell auf die geringe Potenz der französischen Wirtschaft zurückzuführen sei. Die vielfältigen privatwirtschaftlichen Investitionsinitiativen zeugten vielmehr sowohl von der Leistungsfähigkeit als auch von der Engagementbereitschaft des französischen Kapitals. Wenn die Erfolge dennoch hinter den von der französischen Regierung gesteckten Zielen zurückblieben, so scheint dies primär ein Problem der Koordination zwischen den globalen außenwirtschaftlichen Interessen des Staates und den partikularen Interessen der beteiligten Unternehmer zu sein: „Ce n'est pas la faiblesse des capitaux français qui explique l'échec économique du gouvernement; c'est bien au contraire leur puissance: échappant, dans leur dynamisme même, au contrôle de l'Etat, ils en sont venus à suivre une politique d'investissement sauvage et à se livrer une concurrence effrénée.“ Anstelle einer geordneten und dauerhaften ökonomischen Durchdringung des Donauraums durch das französische Kapital kam es mithin lediglich zu einer „implantation chaotique“, deren Ergebnisse den Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise nicht standhielten.

Grundsätzlich aber ergab sich aus diesen Überlegungen zur Rolle Englands und Frankreichs in den ökonomischen Beziehungen Südosteuropas vor der Weltwirtschaftskrise die Frage nach der Konsistenz des Versuchs einer Neuordnung im Rahmen des Versailler Systems. Im Verlauf der Diskussion wurde von György Ránki (Budapest), Andrej Mitrović (Belgrad) und Patrick Salmon (Cambridge) genauer herausgearbeitet, daß die Siegermächte des Weltkriegs eigentlich nicht über ein explizites Konzept zur Bewältigung der ökonomischen Folgeprobleme der politischen Umgestaltung verfügten. So waren zwar globale Ziele im Hinblick auf die Beherrschung der

Großregion formuliert worden, doch fehlte es offenkundig an einer langfristigen Strategie für eine komplementäre ökonomische Absicherung. Die negativen Auswirkungen dieses Defizits auf die Einflußpositionen Frankreichs und Englands in Südosteuropa sollten in der Weltwirtschaftskrise sichtbar werden.

Der Beitrag von György Ránki, „Kredit oder Markt? Zum Wandel der wirtschaftspolitischen Hegemonialbestrebungen der Großmächte in Südosteuropa 1920—1931“, machte diesen Zusammenhang in einer Analyse der Wirkungen der Weltwirtschaftskrise einsichtig. Wie Ránki darlegte, hatte die englisch-französische Politik der 1920er Jahre auf einer fundamentalen Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Situation Südosteuropas beruht: Sie hatte sich darauf beschränkt, ökonomischen Einfluß auf Kapitalexpert und Kreditgewährung zu begründen; das spezifische Strukturproblem, das in der Absatzkrise der Agrarüberschüsse der Region bestand, war dagegen nicht erkannt, geschweige denn gelöst worden. Tatsächlich hatte sich die Außenhandelsposition der südosteuropäischen Staaten durch die Anspannung der Agrarmarktsituation infolge der überseeischen Konkurrenz seit dem Ende des Weltkriegs dramatisch verschlechtert, worauf auch Witold Szulc (Polen) in seinem Beitrag, „Die Bedeutung der Warschauer Agrarkonferenz vom Jahre 1930 für die Agrarpolitik der mittel- und südosteuropäischen Länder“, hinwies. England und Frankreich aber übernahmen die Rolle der früheren Hauptwirtschaftspartner dieser Region, Deutschlands und Österreich-Ungarns, de facto nur als Kreditgeber, und nicht — was vordringlich gewesen wäre — als Abnehmer von Agrarerzeugnissen. Die ständig wachsende Auslandsverschuldung der Agrarstaaten war mit dem Instrumentarium der Kreditpolitik nicht zu konsolidieren. Sie führte schließlich, in der Weltwirtschaftskrise, zur Zahlungsunfähigkeit der betroffenen Staaten und zwang diese zu einer vollständigen Umorientierung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen. Es war dies die Konstellation, in welcher Deutschland erneut als wirtschaftliche Leitmacht für Südosteuropa in Konkurrenz zu England und Frankreich treten konnte.

Das Problem der Zwangsläufigkeit dieses Ablösungsprozesses der Siegermächte durch Deutschland blieb in der Diskussion freilich kontrovers. Die von Bernd-Jürgen Wendt (Hamburg) und Wolfram Fischer (Berlin) aufgeworfene Frage, ob Frankreich und England in den dreißiger Jahren durch eine alternative Außenwirtschaftspolitik ihre Position in Südosteuropa hätten behaupten können, wurde überwiegend negativ beantwortet: Anders als Deutschland scheinen Frankreich und England angesichts der Kolonialorientierung ihrer Binnenmärkte nicht in der Lage gewesen zu sein, sich den Exportbedürfnissen der südosteuropäischen Agrarstaaten anzupassen, wie Arnold Suppan (Wien) ausführte. Zudem waren ihre Möglichkeiten zu einem entsprechenden Engagement in Konkurrenz zu Deutschland seit der Weltwirtschaftskrise allzu stark reduziert, so Raymond Poidevin (Metz) und György Ránki. Dagegen wurde von Marguerat und Wendt die Überlegung ins Spiel gebracht, ob in diesem Zusammenhang nicht auch von einem bewußten Verzicht auf ökonomischen Einfluß, gewissermaßen einem Prinzip des „ökonomischen Appeasement“ gegenüber Deutschland, gesprochen werden könne.

In jedem Fall erwies sich der Marktmechanismus als der ausschlaggebende Faktor bei der ökonomischen Verdrängung Englands und Frankreichs aus Südosteuropa. Wie vor allem die Beiträge von William S. Grenzabach (Boston), „German Economic Policy in Rumania 1933—1939“, und David E. Kaiser (Cambridge, Mass.), „Germany, Britain, France and the Arms Trade in Southeastern Europe 1935—1939“, deutlich machten, waren es die besonderen von Deutschland gewährten Außenhandelskonditionen, welche die südosteuropäischen Staaten zum ökonomischen Anschluß an Deutschland bewegten: die Einführung des Clearing- und Kompensationsprinzips in den Außenhandel in Verbindung mit der Gewährung deutscher Abnahmegarantien für Agrarerzeugnisse. Ein zusätzliches Motiv der außenwirtschaftlichen Reorientierung bildete in den dreißiger Jahren das deutsche Angebot, im Rahmen von Clearing-Vereinbarungen sogar hochwertiges Kriegsgerät zu liefern.

Die Verdrängungswirkung dieser von Deutschland wahrgenommenen Außenhandelsmöglichkeiten bestand vor allem darin, daß die Einstellung südosteuropäischer Staaten auf das Clearing-System zu einer weitgehenden Bilateralisierung der Beziehungen und damit tendenziell auch zur Entstehung von ökonomischer und politischer Abhängigkeit von Deutschland führte. Am Beispiel Ungarns illustrierte Judit Schulmann-Fejes (Philadelphia) in ihrem Beitrag, „Alternativen der ungarischen Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise“, diesen Prozeß. Auch die ungarische Außenpolitik sah sich infolge der Weltwirtschaftskrise vor die Alternative gestellt, entweder sich an Deutschland und Italien anzulehnen, um den eigenen landwirtschaftlichen Export zu sichern, oder England und Frankreich den Vorzug zu geben und sich damit den Weg zu den Kapitalmärkten von Paris und London offen zu halten. In dieser Lage aber war die Option für Deutschland und Italien aus Gründen der ökonomischen Rason — freilich auch aus politischen Gründen — mehr als naheliegend. Die von Frankreich und England — etwa im Rahmen des Tardieu-Plans — angebotene Unterstützung erschien jedenfalls nicht geeignet, Ungarn einen Ausweg aus der nationalökonomischen Krise zu eröffnen.

II

Besonders an einem Punkt führte die Erörterung der ökonomischen Südostexpansion Deutschlands nun aber deutlich über den Horizont immanent wirtschaftsgeschichtlicher Fragestellungen hinaus: in der Diskussion über die Periodisierung dieses Expansionsprozesses. Unter ökonomischen Gesichtspunkten schien es begründet, 1929—1931, ausgehend von der Weltwirtschaftskrise als Anstoß für die Reorientierung der Außenhandelsbeziehungen (so Joachim Kossmann, Göttingen, Enes Milak, Belgrad und Grenzebach), 1934 mit dem „Neuen Plan“ in der deutschen Wirtschaft (so Antonine Fleury, Genf und Schulmann-Fejes) oder auch 1936 in Anbetracht des konjunkturellen Umschwungs und der Maximierung des deutschen Südosteuropahandels (so Werner Boder, Hannover und Kaiser) als Zäsurjahre zu betrachten.

Dagegen stand der Vorschlag, an einer konventionellen politikgeschichtlichen Periodisierung festzuhalten und den Zäsurcharakter des Jahres 1933 (Machtergreifung der Nationalsozialisten) und in gewisser Hinsicht auch 1936 (Krise des Völkerbundsystems, so Andreas Hillgruber, Köln) in den Vordergrund zu stellen. Für 1933 sprach vor allem, daß die Umwälzung in Deutschland eine wesentliche Voraussetzung für die verstärkte „Politisierung“ der außenwirtschaftlichen Aktivitäten darstellte (Franz Knipping, Tübingen); zudem zeichnete sich gerade seit 1933 eine spezifische Affinität zwischen der deutschen Politik und dem südosteuropäischen Revisionismus ab, welche die gleichzeitigen ökonomischen Trends unterstützte (Suppan, Fikret Adanir, Gießen). Die Diskussion lief mithin auf die Annahme eines gestreckten Verlaufs des Konstellationswandels hinaus, bei dem politische und ökonomische Initiativen deutscher „Südostexpansion“ zeitlich verschoben zusammenwirkten (Hans-Jürgen Schröder, Gießen).

Die Periodisierungsdiskussion warf allerdings auch grundsätzlich das Problem der großen mächtropolitischen Zusammenhänge auf; bereits die Frage nach Kontinuität oder Diskontinuität in den Konzepten der deutschen Südosteuropapolitik der dreißiger Jahre (Karl Otmar Frh. von Aretin, Darmstadt-Mainz, Wendt, Milak) machte das Erfordernis einer übergreifenden politikgeschichtlichen Betrachtung deutlich. Im Hinblick darauf versuchte Andreas Hillgruber die Grundzüge der Entwicklung des Staatensystems in der Zwischenkriegszeit aufzuweisen: Die mächtropolitische Konstellation in Südosteuropa nach dem Ersten Weltkrieg war determiniert durch den Ausfall Rußlands als Großmacht und die Auflösung des Habsburgischen und des Osmanischen Reichs. Das Versailler Staatensystem füllte das dadurch entstandene „Machtvakuum“

nur in unzulänglicher Weise. Gegründet auf die falsche Voraussetzung, daß Rußland und Deutschland als Machtfaktoren langfristig ausgeschaltet bleiben würden, erwies sich dieses System als instabil und ungenügend gesichert. De facto konnte Deutschland in bilateralen Beziehungen — auf dem Gebiet der Wirtschaftskooperation, aber auch durch deutsche Volksgruppenpolitik und durch die Drohung mit dem Transfer faschistischer Bewegungen — sehr bald wieder an frühere Großmachtsperspektiven anknüpfen. Die deutsche Einflüßausweitung in Südosteuropa in den dreißiger Jahren wäre insofern auch in einem größeren Kontinuitätszusammenhang, das heißt nicht allein im Kontext nazistischer Expansionspolitik, zu sehen. Nicht zuletzt der Vergleich mit der Konkurrenzsituation vor dem Ersten Weltkrieg, die Raymond Poidevin in seinem Beitrag, „La rivalité financière franco-allemande dans les Balkans à la veille de la première guerre mondiale“ analysierte, bestätigte diese Beobachtung.

England und Frankreich reagierten auf die Herausforderung in unterschiedlicher Weise: Frankreich gab seine Position in Südosteuropa im Zeichen defensiven „Maginot-Denkens“ vergleichsweise rasch preis. England hielt dagegen seinen Anspruch auf die Rolle einer politischen Leitmacht auch in den dreißiger Jahren aufrecht; allerdings führte hier das Nebeneinander von Appeasement und „Barrière-Diplomatie“ letztlich ebenfalls zum Einflußverlust. Das Versailler System erscheint unter solchen Aspekten als „falsch konstruiert“, da die Sieger des Weltkrieges die Stabilisierungsfunktion der alten Vormächte der Region nicht erfüllen konnten. England und Frankreich waren bei ihrer Ordnungspolitik in gewisser Hinsicht in traditionellen Vorstellungen von einem europäischen Staatensystem befangen, das in Wahrheit bereits begonnen hatte, sich durch das Hinzutreten der USA und, in weiterer Perspektive, der UdSSR zu einem „Weltsystem“ zu erweitern (von Aretin, Schröder).

Die Rolle der Siegermächte in dieser Entwicklung wurde näher beleuchtet in den Beiträgen von Mária Ormos (Budapest), „Die französische Südosteuropapolitik 1918—1922“, und Gyula Juhász (Budapest), „Zur britischen Politik gegenüber Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei 1933—1938“. Beide unterstrichen den defizitären Charakter der Politik der Westmächte in Ostmittel- und Südosteuropa. Frankreichs Politik der Nachkriegszeit war offenbar geprägt von einer Doktrin der hegemonialen Steuerung Südosteuropas, welche in Reaktion auf die nicht vorhergesehene Entstehung eines Machtvakuum ad hoc formuliert worden war und die machtpolitischen Möglichkeiten des Landes deutlich überforderte. Im Falle Englands hingegen wäre vor allem ein Mangel an Bereitschaft zu konstatieren, politische Verpflichtungen einzugehen. Die Bestrebungen Londons, eine Blockbildung in Ostmittel- und Südosteuropa gegen Deutschland diplomatisch zu fördern, mußten angesichts des massiven deutschen Engagements wirkungslos bleiben.

Allerdings ist das Scheitern der Ordnungspolitik des Versailler Systems nicht allein dem Versagen der Führungsmächte zuzuschreiben. Vielmehr resultierte die Instabilität des Systems auch aus der Tatsache, daß die Grenzziehungen nach dem Weltkrieg Anlaß zu Revisionsbestrebungen innerhalb Südosteuropas geschaffen hatten. Der Umstand, „daß kraft der Friedensverträge von Neuilly und Trianon die Länder Südosteuropas als ‚Besiegte‘ und ‚Sieger‘ in zwei feindselige Lager geteilt waren“, sollte sich, wie Georgi Markov (Sofia) in seinem Beitrag über „Bulgarien und die politische Strategie des Dritten Reichs in Südosteuropa 1933—1939“ zeigte, letztlich als eines der wesentlichen Hindernisse für die Formierungsbestrebungen der Westmächte erweisen. Auf der Basis des Revisionismus entstand eine ideologische und politische Interessengemeinschaft, welche Deutschlands Einflußgewinn in diesem Raum förderlich war.

Auch die Erfolge und Mißerfolge der italienischen Südosteuropapolitik lassen die Bedeutung dieses Faktors für die Staatenbeziehungen der Zwischenkriegszeit sichtbar werden. In ihrem Beitrag, „The Italian Revisionism in the Twenties: Aims and Methods of Mussolini's Balkan Policy“, stellte Marta Petricioli (Florenz) in diesem Zusammenhang fest, „that it proved virtually impossible to draw under Italian influence those countries which were not interested in a revisionist policy.“ Wo indessen die

italienische Politik an revisionistische Einstellungen anknüpfen konnte, bahnte sie den Weg „to a more dangerous brand of revisionism, the German one.“

Es wurde freilich vor einer Überschätzung des Revisionismus gewarnt; wie etwa der Fall Bulgarien zeige, habe in Wahrheit keine reale Interessengemeinschaft mit Deutschland im Zeichen des Revisionismus bestanden (Hillgruber). Es bestätigte sich indessen, daß diese Interessengemeinschaft retrospektiv zwar unreal erscheinen mag, daß aber der deutsche Revisionismus als Vorbild letztlich doch sehr unmittelbar auf die Außenpolitik südosteuropäischer Staaten eingewirkt hat (Ranki, Grenzbach, Gustavo Corni, Bologna).

III

Die Tatsache, daß die Frage des Revisionismus — gleich anderen Problemen der „inneren“ Geschichte Südosteuropas in der Zwischenkriegszeit — dennoch eher am Rande diskutiert wurde, ist allerdings in gewisser Hinsicht bezeichnend für den Tagungsverlauf. Zumindest wird man sagen können, daß die Entwicklungsprobleme der Staaten Südosteuropas nicht in gleicher Weise im Rahmen übergreifender, systematischer Fragestellungen erörtert wurden, wie sie in bezug auf die Großmächte formuliert waren.

Eine Art Generalthema für die Behandlung der Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit aus der Perspektive der südosteuropäischen Länder versuchte Iván T. Berend (Budapest) zu umreißen, und zwar mit der Frage, ob es für die betroffenen Staaten überhaupt außenpolitische Alternativen gegenüber den konkurrierenden Großmächten gegeben habe. In verschiedenen Beiträgen über einzelne Staaten sah Berend drei Prinzipien nationaler Außenpolitik im Rahmen des Versailler Systems aufgewiesen: Wahrung der Unabhängigkeit durch eine Politik der Autarkie, Blockbildung innerhalb der Region oder Anlehnung an eine Schutzmacht.

Wie klein der Spielraum für die Realisierung solcher Konzepte tatsächlich war, verdeutlichte das Beispiel Jugoslawiens, dessen ökonomisch-politische Außenbeziehungen in drei Beiträgen behandelt wurden: Andrej Mitrović, „Alternativen der jugoslawischen Außenpolitik im Spannungsfeld der deutsch-italienischen Wirtschaftsrivalität 1919—1939“, Enes Milak, „Die ökonomisch-politischen Voraussetzungen der italienischen Jugoslawienpolitik 1935—1939“, und Arnold Suppan, „Interdependenz oder Polarität? Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Österreich 1933—1938“. Für Jugoslawien, das ein vitales Interesse an der Erhaltung des Versailler Systems hatte, war die Anlehnung an die Garanten dieses Systems, England und Frankreich, eigentlich selbstverständliche Doktrin der Außenpolitik. Praktisch war die Regierung jedoch genötigt, anderen Aspekten Priorität zu geben, nämlich den unmittelbaren Erfordernissen des Außenhandels sowie dem Gebot der Anpassung an die sich wandelnden Kräfteverhältnisse zwischen den Großmächten. So schuf die traditionelle Abhängigkeit der jugoslawischen Wirtschaft vom Agrarexport nach Österreich eine Bindung an den Nachbarn, welche trotz nationaler und ideologischer Gegensätze von allen gegenläufigen Orientierungstendenzen unberührt bleiben mußte. Ebensowenig konnte man die eigene Sicherheitspolitik allein auf regionale Bündnisse (Kleine Entente, Balkanpakt) im Sinne französisch-englischer Barrière-Vorstellungen gründen. Vielmehr nötigte der wachsende Druck seitens der revisionistischen Achse Berlin-Rom zu einer Politik der Koexistenz und des Ausgleichs. Wenn Jugoslawien dennoch ein Minimum an Bewegungsfreiheit verblieb, so lediglich dank der wirtschaftlichen Rivalität zwischen Italien und Deutschland.

Größere Unabhängigkeit in der Außenpolitik konnte sich die Türkei erhalten, wie der Beitrag von Antonie Fleury, „Der Kriegausbruch 1939 und die Einschränkung der deutschen wirtschaftlichen Hegemonie in der Türkei“, erkennen ließ. Ähnlich wie andere südosteuropäische Staaten war das Land zwar seit der Weltwirtschaftskrise in hohem Maße auf Deutschland als Handelspartner angewiesen; im Jahre 1939 wurde rund die Hälfte des Außenhandels mit Deutschland abgewickelt. Die akute Kriegsge-

fahr jedoch ließ die Türkei für England wie für Frankreich erheblich an strategischer Bedeutung gewinnen und veranlaßte beide Mächte zu forciertem ökonomischen Engagement, in dessen Wirkung die Abhängigkeit des Landes von Deutschland abgebaut werden konnte.

Ebenfalls am Beispiel Türkei untersuchte Fikret Adanir einen anderen Aspekt der Frage nach Abhängigkeit und autonomer Entwicklung der südosteuropäischen Staaten in der Zwischenkriegszeit. In seinem Beitrag, „Zur ‚Etatismus‘-Diskussion in der Türkei in der Weltwirtschaftskrise. Die Zeitschrift ‚Kadro‘ 1932—34“, analysierte er Konzepte zur Lösung der sozio-ökonomischen Entwicklungsprobleme der Türkei — Konzepte, die einen Übergang von der „Kolonialökonomie“ zur „Nationalökonomie“ auf einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus vorsahen. Hier schienen ideologische Motive eines anti-imperialistischen Nationalismus der „Dritten Welt“ vorformuliert worden zu sein.

Generell stellte sich im Zusammenhang mit diesem Problemkomplex die Frage nach der Bedeutung der ökonomischen Peripherie-Zentrum-Relation für die Entwicklung Südosteuropas. So wies Bernd-Jürgen Wendt auf die Notwendigkeit hin, das Engagement der Großmächte in Südosteuropa in bezug auf ihre modernisierende bzw. entwicklungshemmende Wirkung zu untersuchen. Diese Frage aber blieb in der Diskussion kontrovers. Es konnte zwar festgestellt werden, daß die ökonomische Südostexpansion Deutschlands (Clearing-System) etwa den industriellen Aufbau in manchen Bereichen gefördert hat (Fleury); dagegen wurde die Reduzierung der westlichen Kapitalzufuhr seit der Weltwirtschaftskrise als Rückschlag — zum Beispiel für Ungarn (Schulmann-Feyes) — gewertet.

Offen endete die Diskussion auch hinsichtlich der Beurteilung der Entwicklungspolitik der südosteuropäischen Länder selbst. Einigkeit herrschte lediglich in der Feststellung, daß die wirtschaftlichen Krisen in den betreffenden Ländern ein Bewußtsein von der eigenen peripheren Situation entstehen ließen und daß in Reaktion darauf eigene nationalpolitische Strategien entwickelt wurden. In diesem Zusammenhang wurde auf die Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Modell Sowjetunion (Gottfried Schramm, Freiburg) sowie auf den hohen Stellenwert von dezierten Autarkie-Bestrebungen in der nationalen Politik der meisten südosteuropäischen Staaten (Adanir) hingewiesen.

Insgesamt aber brachte die Erörterung dieses Problemkomplexes — nationale Ökonomie und Interessenpolitik der südosteuropäischen Staaten — eine wesentliche Einsicht: Sie erhellte die Inadäquanz konventioneller, auf die Großmächtegeschichte bezogener Synthesekonzepte für Südosteuropa, sowohl im Hinblick auf die Periodisierung der Zwischenkriegsgeschichte (Relativität der Zäsur Weltwirtschaftskrise) als auch im Hinblick auf die Gewichtung der einzelnen ökonomischen und politischen Faktoren (Autarkiepolitik, Revisionismus etc.). Man wird mithin das Problem von Peripherie und Zentrum als eine jener angesprochenen systematischen Fragestellungen anzusehen haben, welche in eine übergreifende Behandlung des Themas „Südosteuropa im Spannungsfeld der Großmächte 1919—1939“ integriert werden müßten.

Ohnehin betrachteten die Veranstalter das Kolloquium lediglich als Auftakt zu einer breiteren internationalen Kooperation im Zusammenhang mit dem eingangs erwähnten Forschungsprojekt. Sie hoffen auf Anregung in bezug auf komplementäre Aspekte des Rahmenthemas sowie auf die Beteiligung weiterer interessierter Fachkollegen. Die Referatbeiträge dieses Kolloquiums werden demnächst als Beiheft Nr. 10 der Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte gesammelt publiziert.

Gießen

Fikret Adanir und Michael G. Müller